

Schelte und Lob zum Jahresabschluss

Thuner Stadtrat Der geplante Industriebau der Firma Aries Libra im Wirtschaftspark Schoren sorgte gestern im Parlament für Diskussionen. FDP und Grüne standen mit ihrer Kritik allerdings alleine da.

Michael Gurtner

O du fröhliche? Nicht wirklich. Bevor sich Stadt- und Gemeinderat gestern Abend dem gemütlichen Jahresschlussessen widmeten, wurde nochmals engagiert diskutiert. Grund: Die Pläne der Investorin Aries Libra AG und deren Mieterin Frilite SA für einen Neubau im Wirtschaftspark Thun-Schoren. Vorgesehen ist ein 17 Meter hoher Industriebau, in dem im 24-Stunden-Betrieb Vulkangestein zu Füll- und Isolationsmaterial verarbeitet wird. Das sorgt seit Monaten für Aufregung – und führte zu 24 Einsprachen. Befürchtet werden Mehrverkehr, Lärm, Geruchsimmissionen. Via

eine Interpellation der Fraktionen FDP und Grüne sowie von weiteren Mitunterzeichnenden kam das Projekt auch auf die politische Agenda der Stadt (vgl. Ausgabe vom 11. Dezember).

Kritik von FDP und Grünen...

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) zeigte auf, wie die Firma arbeiten wird – und betonte: «Es entstehen keine Abgase und kaum Abfall.» Dass das Vulkangestein für die Verarbeitung zu Füll- und Dämmstoff nach Thun transportiert werde, mache ökologisch und unternehmerisch Sinn: Weil das Volumen des Materials beim Verarbeitungsprozess um das Fünfbis Zehnfache vergrössert wird,

wären viel mehr Transporte nötig, um das Endprodukt vom Abbaubereich hierhin zu schaffen. Die Interpellanten überzeugte dies nicht. Hanspeter Aellig (FDP) nannte die Ansiedlung einen Misserfolg, zumal es auch bereits länger hier ansässige Interessen gegeben habe. «Wenn aber die Auflage ist, dass 17 Meter hoch gebaut werden muss, ist das eventuell ein Ausschlusskriterium.» Aellig befürchtet bei der Anfahrt von Lastwagen «das absolute Chaos». Till Weber (Grüne) monierte, dass die Abwärme aus der Produktion nur teilweise – für die Frilite SA selber – genutzt werden kann. «Das ist der springende Punkt: Dass keine Instrumente

vorhanden sind, mit denen die Stadt verbindlich die Nutzung der Abwärme vorschreiben kann.»

... explizites Lob der anderen

Mit ihrer Kritik am Projekt standen FDP und Grüne allerdings allein auf weiter Flur. Reto Schertenleib (SVP) wunderte sich mit Seitenblick auf die FDP über die Urheberschaft des Vorstosses und sagte: «Wir sollten froh sein, dass endlich wieder jemand im Schoren investieren möchte. Rosinenpickerei können wir uns nicht erlauben.» Verena Schneiter (Fraktion der Mitte) erklärte: «Dass 20 bis 30 Arbeitsplätze geschaffen werden, freut uns sehr.» Zudem sei das Material, das hergestellt

werde, ökologischer als Plastik. Und Martin Allemann wies darauf hin, dass Thun als Wirtschaftsstandort nicht sehr begehrt sei – «die Stadt hat das sehr gut gemacht, dass sie neue Firmen nach Thun bringt». Zum Vorwurf, dass auch einheimische Firmen interessiert gewesen seien, sagte Stapi Lanz: «Wir möchten, dass das Land für die wirtschaftliche Entwicklung möglichst optimal genutzt wird.» Da gehöre eben zum Beispiel eine bestimmte Gebäudehöhe oder eine Einstellhalle dazu. «Selbstverständlich müssen jederzeit sämtliche Vorschriften eingehalten werden – das wird im Baubewilligungsverfahren überprüft», schloss **Raphael Lanz**.

StaTTgeflüster

Grosse Krise, kleine Prise Humor

Was ist des westlichen Menschen wichtigster Alltagsartikel? Keine Frage: das Toilettenpapier. Das wurde mir in der letzten Woche bewusst, die ich in der Provence verbracht habe, zusammen mit ganz vielen Menschen, die gekleidet waren wie bei uns die Kindergärtler: mit hübsch leuchtender gelber Weste. Die «gilets jaunes» waren denn auch der Auslöser für die eingangs erwähnte Beobachtung. In den Supermärkten wurden aufgrund der Blockaden die Waren knapp. Am deutlichsten sichtbar war das im



Teigwarenregal – und eben beim WC-Papier. Dort sah es aus wie in den Läden in Venezuela: gähnende Leere. Dasselbe Bild bei vielen Tankstellen: kein Benzin, kein Diesel, nichts.

Blockiert werden ganze Autobahnen und Zufahrten zu Einkaufszentren. Das Verständnis ist bei sehr vielen Französisinnen und Franzosen gross: Sie teilen Wut und Empörung darüber, dass immer mehr arbeitenden Menschen das Geld für den täglichen Bedarf fehlt, dass die Politik abgehoben und arrogant wirkt. Das Problem ist aber: Gestraft werden mit den Blockaden die Falschen. Kassiererinnen in Supermärkten, denen der Jobverlust droht, Kleinunternehmen, die ihre Ware nicht erhalten und Aufträge nicht ausführen können, Dorffestaurants, bei denen die Gäste fehlen, weil sie aufgrund der Sperrungen zu Hause bleiben. Und spätestens, wenn einige im Oberstübchen Minderbemittelte auf die Idee kommen, eine Spitalzufahrt zu blockieren, ist es mit dem Verständnis vorbei.

Kein Mangel herrscht in Frankreich am Diskussionsbedarf. Immer und überall sind die «gilets jaunes» DAS Thema. Und im Gespräch mit uns Schweizern wird eines deutlich: wie sehr wir benediet werden um unser stabiles politisches System, in dem das Volk viel mehr mitreden kann und nicht derart viel Macht bei einer einzigen Person konzentriert ist (die sich dann angesichts der Krise erst noch vornehm zurückhielt und tagelang seinen Premier vorschob, um den Scherbenhaufen zusammenzukehren).

Gut ist, wenn man bei all diesen sehr ernsthaften Problemen den Humor nicht ganz verliert. So wie jener Besitzer einer kleinen Dorftankstelle – ein kauziger Kerl mit farbenfrohem Kleidungsstil und lustigem Lederzylinder auf dem Kopf. Auf die Frage, ob bei ihm noch Benzin zu kaufen sei, antwortete er mit einem Schmunzeln: «Nein, das hier ist eine Bäckerei, hier gibt es kein Benzin!».



Michael Gurtner
m.gurtner@bom.ch

Komfortables Ja – trotz Vorbehalten bei der Sicherheit

12 000 Fahrzeuge verkehren täglich auf der 70-jährigen Allmendstrasse. Sie reicht vom Lerchenfeld bis zum Guisankreisel. Die hohe Belastung dieser wichtigen Einfallsachse in die Innenstadt hat Schäden an Belägen, Randabschlüssen oder Schächten verursacht. Sie muss daher «nicht nur repariert, sondern grundrenoviert werden», heisst es in den Stadtratsunterlagen. Nachdem die Stadt 2016 und 2017 den Abschnitt von der Kreuzung Bypass bis zur Stockhornstrasse sanierte, ist für 2019 die 700 Meter lange Strecke von der Kreuzung Waldeck im Lerchenfeld bis zum Kreisel bei der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) vorgesehen (wir berichteten).

Der Abschnitt wird sich danach ähnlich präsentieren wie der bereits erneuerte – mit einem Mehrzweckstreifen, der die Fahrbahnen trennt, mit zwei Meter breiten Radstreifen für die Velofahrenden, «grosszügigen» Trottoirs sowie Mittelinseln bei den Fussgängerstreifen. Überdies soll der provisorische Kreisel Waldeck in einen definitiven umgebaut werden.

Vertiefte Prüfung nötig?

Vom Gesamtkredit in der Höhe von 5,43 Millionen Franken für die Sanierungsetappe 2019 hatte der Stadtrat gestern über den Investitionsanteil von 885 000 Franken zu befinden. Zunächst gab die STI-Bushaltestelle Waldeck zu reden, die im Zuge



Die Allmendstrasse in Thun, vom Kreisel Waldeck aus fotografiert. Nach dem gestrigen Ja im Stadtrat wird die Stadt kommendes Jahr ab hier stadteinwärts einen 700 Meter langen Strassenabschnitt umfassend sanieren. Foto: Patric Spahni

der Sanierung neu behindertengerecht ausgestaltet wird. Philipp Deriaz (SVP), Hanspeter Aellig (FDP) und Jonas Baumann (FdM) wiesen auf die Gefahr von Rückstaus hin, weil keine Bushaltestelle geplant ist. «In den Stosszeiten könnte das ein Problem werden», so Aellig. Und Deriaz meinte: «In diesem Punkt sollte der Gemeinderat nach

einer besseren Lösung suchen.» Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) konnte indes darlegen, dass – wegen der anzuhebenden Höhe der Trottoirkante und der Fahr-Radien der Busse – eine Bucht hier technisch gar nicht möglich wäre. Verkehrszählungen hätten zudem ergeben, dass kaum mit Rückstaus zu rechnen sei. Die Ratslinke pochte im

Gegenzug auf die ungenügende Sicherheit für den Langsamverkehr. «In Kreiseln sind gerade Velofahrende besonders gefährdet. Deshalb sollten wir sie mit einem Bypass aussen vorbeilenken», sagte Adrian Christen. Als positives Beispiel nannte er den neuen Kreisel an der General-Wille-Strasse. Support erhielt Christen von den Grünen. Thomas Hilt-

pold hielt fest: «Um ein Maximum an Sicherheit herauszuholen, ist eine vertiefte Prüfung nötig.» Letztlich waren die Meinungen zum Geschäft aber bereits zu gefestigt. Ein Rückweisionsantrag von SP und Grünen wurde mit 24 zu 11 Stimmen abgelehnt, der Kredit dann mit 24 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen gutgeheissen. (gbs)

Geld für Kulturveranstalter kann fließen

Das Kultur- und Kongresszentrum Thun wird noch bis Ende 2019 von der KKThun AG betrieben. Danach geht die Aufgabe an die im zürcherischen Urdorf ansässige SV Schweiz AG über, wie die Stadt Ende November kommunizierte (wir berichteten). Der angekündigte Wechsel ging nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne: Verwaltungsratspräsident Rolf Glauser bedauerte es, dass die KKThun AG, die nun sukzessive zehn bestehende Stellen abbaut, nicht mehr berücksichtigt wurde. Die SV Schweiz AG wiederum, die laut Gemeinderat «das beste Angebot vorgelegt» hat, ist in Thun keine Unbekannte: Sie betreibt etwa das Schiffs-

catering auf dem Thunersee. Der Stadtrat genehmigte gestern einstimmig den jährlichen Betrag von 340 000 Franken für die Jahre 2020 bis 2027, mit dem die Stadt den Betrieb im KKThun unterstützt. Neu werden keine Barbeiträge mehr an die Betreiberin gezahlt; das Geld fliesst direkt an die förderberechtigten Veranstalter. Gerade diese direkte För-

Rolf Glauser bedauerte es, dass die KKThun AG nicht mehr berücksichtigt wurde.

derung lobten Katharina Ali-Oesch (SP) und Reto Kestenholz (Grüne). Manfred Locher (FdM) und Carlo Schlatter (SVP) hoben hervor, dass die Kosten für die Stadt künftig um jährlich eine Viertelmillion Franken sinken werden. «Unsere Forderung, dass das KKThun endlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt wird, ist endlich erfüllt», so Schlatter. Simon Werren (BDP) äusserte dagegen sein Bedauern, dass ein «bewährter Betreiber aus der Region» seine Arbeit nicht weiterführen dürfe. Mit dem Ja schrieb der Rat auch ein FdM-Postulat aus dem Jahr 2014 für mehr Transparenz in der Kulturförderung ab. (gbs)

Stadtrat streicht Ausnahmen bei der Spezialfinanzierung Investitionen

Es klingt nach trockener Materie – ist aber für die Stadt ein finanzpolitisch wichtiges Thema: Seit Februar überprüfte aufgrund einer überwiesenen Motion eine eigens eingesetzte Kommission das Reglement über die Spezialfinanzierung Investitionen. Gestern stand nun die Genehmigung der Totalrevision auf dem Programm. Es geht darum, wie Gelder aus der Spezialfinanzierung entnommen werden können. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür haben sich mit dem neuen Rechnungsmodell HRM2 verändert. Diverse Ausnahmefälle zur Entnahme führten zu Diskussionen bei der Behandlung der Jahresrechnungen. Die Kom-

mission hat nun entschieden, dass grundsätzlich an der Spezialfinanzierung Investitionen festgehalten wird. Künftig soll es sich bei dieser aber um eine reine Infrastrukturfinanzierung handeln. Das heisst: Bei ausserordentlichen Belastungen durch den Finanz- und Lastenausgleich oder die Pensionskasse ist eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung nicht mehr möglich. Ab 2020 werden aus der aufzulösenden sogenannten Neubewertungsreserve voraussichtlich 27 Millionen Franken in die Spezialfinanzierung Investitionen eingelegt. Der Stadtrat genehmigte das revidierte Reglement einstimmig. (mik)